ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. Februar 2024

*Antragsteller*in:* *David Baltzer*

Tagesordnungspunkt: *TOP 6 Anträge und Diskussion*

A3: Frieden und Freiheit für Israel und Palästina

Antragstext

Der nachfolgende Text bezieht sich u.a. maßgeblich auf den BDK-Beschluss von Karlsruhe und unterstützt dessen Forderungen.

Das Recht Israels zur Selbstverteidigung

Der Anschlag des 7. Oktobers war der blutigste Angriff auf Jüdinnen und Juden seit Gründung des Staates Israel. Solidarität mit Israel, dem Land, das gegründet wurde, um jüdischen Menschen Schutz zu bieten, ist die Grundhaltung und seine Sicherheit Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland und ein Eckpfeiler seiner Außenpolitik. Die dauerhafte Verantwortung des deutschen Staates für die ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands begründet diese Entscheidung.
Wir verurteilen den fortgesetzten Missbrauch der palästinensischen Bevölkerung als menschliche Schutzschilde durch die Hamas. Auch fordern wir die Hamas auf den Beschuss Israels sofort und bedingungslos einzustellen.
Wir verurteilen auch die Angriffe der Hisbollah auf Israel, der Huthis auf Schiffe im Roten Meer und deren Unterstützung durch das israelfeindliche iranische Regime. Wir fordern mit Nachdruck eine Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation durch die EU.
Israel hat wie jeder Staat das „naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“ (Charta der Vereinten Nationen, Artikel 51). Dieses Recht kann und soll Israel wahrnehmen, um alle Menschen auf seinem Staatsgebiet vor Terror zu schützen. Der Gegenangriff auf Gaza nach dem 7. Oktober ist prinzipiell gerechtfertigt und das Kriegsziel, der Hamas für möglichst lange Zeit die Möglichkeit zu solchen mörderischen Angriffen zu nehmen, ist legitim.

Israels Verpflichtungen im Krieg

Israel muss sich dabei zugleich an das Völkerrecht im Kriege halten. Die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Vermeidung ziviler Opfer und der Führung eines Krieges mit der Aussicht auf künftigen Frieden müssen dabei leitend sein. Der Schutz ganz besonders von Kindern ist zentrale Verpflichtung. Die Sicherheitsrats-Resolution 2712 vom 15. 11.23 fordert das ein. Israel soll sie unverzüglich, konsequent und dauerhaft umsetzen, genauso die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 26.1.24 und mindestens für eine dichte Folge vollständiger, längerer Feuerpausen sorgen. Es müssen endlich genügend sauberes Wasser, Nahrung, Medikamente, Strom und Treibstoff und alle übrigen lebensnotwendigen Hilfsgüter alle Notleidenden in Gaza erreichen. Gaza benötigt eine funktionsfähige medizinische Infrastruktur, die größer sein müsste, als vor dem 7.10.23, da die Behandlung der Kriegsfolgen mitzudenken ist. Es müssen also nicht nur die bisher zerstörten Krankenhäuser wiederaufgebaut und geschützt werden, sondern zusätzliche errichtet werden. Alle medizinischen Einrichtungen, die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, Bildungseinrichtungen und Einrichtungen der UN(Vereinten Nationen) und helfender NROs (Nichtregierungsorganisationen) müssen uneingeschränkt vor weiterer Zerstörung geschützt, repariert und funktionsfähig erhalten werden.
Die Strategie des israelischen Militärs hat inzwischen große Teile der Bevölkerung Gazas zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht. Zu fortgesetzten Verunsicherungen führen die ständig wechselnden Schauplätze der Militäreinsätze. Bis zu 70 % der Häuser sind inzwischen zerstört.

Hilfe für die Menschen in Gaza ist unverzichtbar!

Dieser Krieg ist für Gaza eine humanitäre Katastrophe, die palästinensische Zivilbevölkerung leidet sehr. Zehntausende Zivilist*innen sind an den Folgen des israelischen Militäreinsatzes gestorben. Unter den Opfern sind auch Medienschaffende (bisher ca 80 Tote). Ein Großteil der Bevölkerung ist obdachlos. Sie besitzen nur noch das, was sie tragen konnten. Ihre Zahl steigt Tag für Tag, Stunde für Stunde. Hunderttausende haben Familienmitglieder verloren, sind auf der Flucht und befinden sich in Lebensgefahr.
Dieses Leiden macht uns tief betroffen. Wir trauern um alle Unschuldigen. Wir danken allen, die unter schwierigsten Umständen und ihr eigenes Leben riskierend Menschen in Not mit dem Nötigsten versorgen.

Kriegsziel: Völlige Vernichtung der Hamas

Die ersten 100 Tage Krieg haben gezeigt, dass Netanjahu das Kriegsziel, "die Hamas vollständig zu zerstören" nicht erreichen kann. Es droht ein Krieg auf unabsehbare Zeit. Selbst wenn an seinem Ende Tod oder Gefangennahme aller Kämpfer der Hamas und die Zerstörung sämtlicher militärischer Anlagen der Hamas stände: die Hamas-Führung wäre im sicheren Katar, ihr Renommee als Widerstandskämpfer bliebe bestehen. Fortgesetzte Gewalt würde es der Hamas

leicht machen weitere Kämpfer zu werben, besonders unter den Opfern des jetzige Krieges.
Dies würde nicht nur das Leben der Geiseln gefährden, sondern verringert die ohnehin geringen Aussichten auf einen lang anhaltenden Frieden. Eine weitere Zerstörung der sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Infrastruktur des Gazastreifens würde dieses Gebiet auf Dauer unbewohnbar und unregierbar machen. Die Flutung der Tunnel unter Gaza mit Meerwasser verunreinigen das Grundwasser und bedrohen damit die Wiederbesiedelung. Eine erneute militärische Besatzung des Gazastreifens oder eine dauerhafte militärische Kontrolle durch das israelische Militär aber, wie sie der israelische Ministerpräsident Netanjahu andeutet, würde nicht zu dauerhafter Sicherheit und Frieden, sondern zu anhaltenden Aufständen führen.

Wege aus der Gewaltspirale

Stattdessen braucht es anhaltende Waffenruhen oder einen Waffenstillstand, die von allen Konfliktakteuren einzuhalten sind, und politische Perspektiven, die auf eine Beendigung des Konflikts zielen. Angesichts des gegenwärtig fehlenden politischen Willens auf israelischer und palästinensischer Seite für eine dauerhafte Friedenslösung ist jedoch eine aktive Rolle internationaler Akteure notwendig, um einen internationalen Prozess mit klarer Zielsetzung unter regionaler Beteiligung zu organisieren, an dessen Ende die Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel stehen müsste. Dieser Prozess muss aus den Fehlern des Oslo-Prozesses lernen: die Zweistaatenregelung ist/wäre das Ziel. Eine politische Regelung müsste auch das Westjordanland und Ostjerusalem miteinschließen sowie den Wiederaufbau des Gazastreifens umfassen.

Notwendige Reaktionen

Wir lehnen alle völkerrechtswidrigen Maßnahmen ab, besonders den immer weiter fortschreitenden Siedlungsbau und jeden Versuch, besetzte Gebiete zu annektieren. Wir beklagen die Verletzung des humanitären Völkerrechts, die eskalierende Gewalt, zunehmende Drohungen, Diskriminierungen und Entrechtungen. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich gewaltfrei für die Einhaltung der Menschenrechte, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft, gegen die anhaltende Unterdrückung in der palästinensischen Gesellschaft, gegen eine Fortdauer der Besatzung und für einen gerechten und dauerhaften Frieden einsetzen.
Als mit Israel solidarische, für die Politik der Bundesrepublik Deutschland mit verantwortliche Menschen sorgen wir uns um Israel, um seinen inneren Zusammenhalt und um seine Position in der Weltgemeinschaft. Schwindender Rückhalt in westlichen Ländern, wachsende Distanz und Ablehnung in Ländern des Globalen Südens gefährden Israels Ansehen und Handlungsmöglichkeiten.
Bündnisgrüne Solidarität mit Israel bedeutet Solidarität mit den Menschen in

Israel und den Schutz eines lebendigen demokratischen Israels. Der drohende Abbau demokratischer Rechte und Strukturen sowie rassistischen Bestrebungen in Teilen der Regierung müssen uns veranlassen unsere uneingeschränkte Unterstützung der israelischen Regierung zu hinterfragen. Wir haben in den vergangenen Jahren zu wenig getan, um eine produktive Lösung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern voranzutreiben. Finanz- und Militärhilfen für Israel müssen deshalb stetig überprüft werden. Wir begrüßen die bisherige Haltung der Bundesregierung und billigen ausdrücklich auch die deutsche Enthaltung zur Resolution A/ES-10/L.25 „Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations“ der Generalversammlung am 27. Oktober 23.

Frieden durch Einsatz der Vereinten Nationen

Wir warnen vor der Illusion, Frieden lasse sich beiden Konfliktparteien diktieren. Nur die aktive Zustimmung beider Seiten macht einen Friedensschluss dauerhaft.
Militärische Maßnahmen sind auf Dauer immer kontraproduktiv. Für den Fall, dass die israelische Regierung sich weiterhin weigert, das kriegsvölkerrechtlich Gebotene zu tun, das Leben und die Gesundheit der nicht kämpfenden Gaza-Bewohner*innen wirksam zu schützen, muss von aussen reagiert werden. Es ist dann zu prüfen, den Abzug der israelischen Truppen aus Gaza zu fordern und die VN nach Kapitel VII aufzufordern Blauhelmtruppen mit robustem Mandat zu entsenden, mit dem Auftrag, die Hamas und den Islamischen Dschihad im Gazastreifen vollständig zu entwaffnen und ihre Tunnelbauten und sonstigen militärischen Anlagen zu zerstören. Weder eine direkte Herrschaft Israels noch die Machtübernahme der Palästinensischen Autonomiebehörde, die in ihrem gegenwärtigen Zustand dafür weder qualifiziert noch legitimiert ist, würde den Menschen in Gaza helfen. Ob ein Verbund arabischer Nachbarstaaten, die alle mehr oder weniger autoritär regiert werden, hilfreich wäre, ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar.

Was wirklich Frieden und Freiheit schaffen kann:

1. Verwaltung durch die UN
Die Nachkriegs-Verwaltung des Gaza-Streifens soll direkt durch die Vereinten Nationen erfolgen. Die VN allein haben die Autorität, im Namen der Weltgemeinschaft das Leben im Gazastreifen solange zu regeln, bis die Palästinenser*innen dies als freie Bürger*innen eines souveränen Staates selbst tun können. VN-Friedenstruppen mit robustem Mandat sowie von den Vereinten Nationen entsandte Richter*innen, Staatsanwält*innen, Polizist*innen sowie Zivilverwaltende sollen die friedliche Entwicklung des Gazastreifens hin zu einer freiheitlichen Demokratie sichern und fördern. Innerhalb des Gazastreifens sollen sie die alleinige Kontrolle haben, dies auch über den Flug- und Seehafen, Luftraum und Hoheitsgewässer.

Die Friedenstruppen müssen von Staaten und Staatengruppen gestellt werden, deren politisches Gewicht potentiellen Angreifer*innen hoch genug ist, um vor etwaigen Angriffen abzuschrecken.

2. Ausgleich zwischen Israel und Palästina

Jede weitsichtige und konsequente pro-israelische Politik ist gleichzeitig pro-palästinensisch - und umgekehrt. Beides steht einander nicht entgegen, sondern bedingt einander.

Wir wollen menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im Nahen Osten. Wir sehen die Probleme, die die Anzahl der als rückkehrberechtigt geltenden Flüchtlinge seit der Nakba aufwirft. Es muss auch über eine Auflösung der großen Flüchtlingslager und eine Integration der dort Lebenden in die Nachbarländer verhandelt werden.

Der Staat Israel und alle seine Bürger*innen sollen in Freiheit und Sicherheit leben, seine Existenz und seine Grenzen sollen weltweit anerkannt werden. Wir verstehen die Sorge Israels, dass das Land als Ort jüdischer Identität gefährdet sein könnte, wenn der palästinensische Bevölkerungsanteil zunehmend wächst. Ein souveräner, lebensfähiger und demokratischer Staat Palästina soll auf der Grundlage der Grenzen von 1967 entstehen und in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Wir sind aber auch offen für jede andere Friedenslösung, die die israelische und die palästinensische Seite nach freiem Willen miteinander vereinbaren, wie zum Beispiel das Zusammenleben in einer Konföderation. In jedem Fall sollen sich alle Israelis und alle Palästinenser*innen als gleichberechtigte Bürger*innen einer oder mehrerer freiheitlicher Demokratien mit gesicherter Rechtsstaatlichkeit wiederfinden.

3. Die Rolle Deutschlands und der EU

Deutschland ist mehr als jeder andere Staat verpflichtet, Frieden zwischen Israel und Palästina zu fördern. Die deutsche Politik hat allerdings in den letzten Jahren zu wenig ihren Einfluss geltend gemacht um die Zweistaatenlösung substantiell voranzubringen.

Die EU und die anderen Staaten der westlichen Wertegemeinschaft sind gefordert, diese notwendige und unumgängliche mit einem großzügig angelegten Wirtschaftsförderungsprogramm für die gesamte Region, also auch für die Nachbarstaaten, unterstützen. Gleiches erhoffen wir uns von den arabischen Staaten. Jeder hier investierte Euro wird sich durch den dadurch gewährleisteten Frieden mehrfach rechnen und als Gewinn in die Förderländer zurückfließen.

Begründung

Antragsbegründung

Dieser Antrag baut auf unseren Grundsatzbeschlüssen "Grundlinien Grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina" (BDK Freiburg, 19.-21. 11. 2010, https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2010-11-Freiburg&openfile=28918805

) und "Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in den VN unterstützen" (BDK Kiel 25.-27. 11. 2011, https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2011-11-Kiel&openfile=28918844) , dem Bundesvorstandsbeschluss vom 1./2. 9. 2015 "Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?" (https://cms.gruene.de/uploads/documents/20150909_Beschluss_BuVo_Nahost_FINAL.pdf-), unseren Zusagen in den Programmen von 2020 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf , S.54), 2021 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_-2021.pdf , S. 232) und 2024 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/EP-FR-01_C__Was_Frieden_schützt.pdf ,S.22f.) und dem Beschluss „Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror (BDK Karlsruhe, 23.-26.11. 2023, https://cms.gruene.de/uploads/documents/Dringlichkeit-Solidaritaet-mit-Israel-Beschluss-BDK-11-2023.pdf) auf und entfaltet diese Positionen für die nun gegebene Lage.

Die Bundesregierung soll sich zusammen mit europäischen und internationalen Partnern für eine dauerhafte Waffenruhe aller Seiten einsetzen, um den oben skizzierten politischen Prozess zu ermöglichen. Die Befreiung der Geiseln bleibt dringliche Aufgabe deutscher Politik. Zugleich rufen wir die Bundesregierung dazu auf, die Einhaltung internationalen Rechts einzufordern und allen Forderungen nach einer Vertreibung oder Wiederbesatzung eine klare Absage zu erteilen.

Antrag gestellt von KW Koch und David Baltzer